

II- 300 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 8. Juli 1970 No. 234/0

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. GRUBER, BURGER  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend Preissteigerungen

Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka hat vor kurzem noch bekräftigt, die Kammer habe den Auftrag, die Interessen der Arbeitnehmer und Konsumenten auch gegenüber der derzeit im Amt befindlichen Bundesregierung wahrzunehmen.

In den vergangenen Jahren verging auch kaum eine Vollversammlung einer Arbeiterkammer, in der nicht Probleme wie Preissteigerungen und andere Fragen, die die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer besonders berühren, zur Sprache kamen und Resolutionen sowie Stellungnahmen beschlossen wurden, die in eindringlicher Form auf derartige Fragen hinwiesen.

Die Zeit des letzten Wahlkampfes sei als Beispiel genannt, da hier die Arbeiterkammern in ihren Informationen ständig von exorbitanten Preisanstiegen sprachen.

Im Vergleich der Monate Mai 1969 und Mai 1970 beträgt die Steigerung des Preisindexes 4,2 %, zieht man den Juni letzten und heurigen Jahres zum Vergleich heran sogar 4,6 %.

Zweifellos wäre heute ein Protest an die Bundesregierung notwendiger denn je, sicher aber angebrachter als zur Zeit des Wahlkampfes. Die grundsätzliche Bereitschaft, die Bundesregierung zu kontrollieren und zu kritisieren, wäre ja laut AK-Präsident Hrdlitschka auch vorhanden (siehe oben).

Den unterzeichneten Abgeordneten ist aber von derartigen Stellungnahmen der Arbeiterkammern, mit Ausnahme von Vorarlberg, nichts bekannt und sie stellen daher die

A n f r a g e :

- 1.) Haben sich die Arbeiterkammern wegen der hohen Preissteigerungen der letzten Zeit mit Stellungnahmen an die Bundesregierung gewandt?
- 2.) Wenn ja, wie lautet der Inhalt dieser Stellungnahmen?
- 3.) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Preisauftrieb zu steuern bzw. allfälligen derartigen Vorschlägen der Arbeiterkammern Rechnung zu tragen?
- 4.) Falls Sie die erste Frage verneinen müssen, liegen der Bundesregierung irgendwelche andere Stellungnahmen der Arbeiterkammern vor, die sich mit der Politik der Bundesregierung nach dem 20. April 1970 auf dem Wirtschafts- und Preissektor kritisch auseinandersetzen und wie lautet der genaue und vollständige Wortlaut dieser Stellungnahmen?